

SYLVIA LÖHRMANN MDL, PLATZ DES LANDTAGS 1, 40221 DÜSSELDORF

VCD Landesverband NRW
Grupellostraße 3
40210 Düsseldorf

Sylvia Löhrmann MdL

Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Bundes- und
Europaangelegenheiten

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel: +49 (211) 884 - 2604/2608
Fax: +49 (211) 884- 3519
sylvia.loehrmann@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 08. April 2010

Fragen zur Verkehrspolitik anlässlich der Landtagswahl 2010

Sehr geehrter Herr Eichel,
liebe Freundinnen und Freunde des VCD Landesverbandes NRW,

vielen Dank für die Zusendung der Fragestellungen zur Landtagswahl 2010 mit Schreiben vom 25. März 2010 und für die Möglichkeit, hierzu stellvertretend für die Angeschriebenen von Bündnis 90/Die Grünen eine Stellungnahme abzugeben.

VCD-Frage: Was möchten Sie tun, um für Menschen, die über kein eigenes Auto verfügen oder sich die Fahrt mit dem Auto künftig nicht mehr leisten können, vollwertige Mobilität zu sichern?

Grüne: In unserem Wahlprogramm haben wir folgende Zielsetzung beschlossen: "Den Menschen in NRW muss mit einer Ausbauoffensive bei Bussen und Bahnen eine klimaverträgliche und umweltschonende Mobilität ermöglicht werden. Wirksame und innovative Konzepte für eine deutliche Verlagerung von Verkehrsströmen sind notwendig." Hierzu hat im Oktober 2009 die Grüne-Fraktion im Landtag als einzige Fraktion den umfassenden Antrag "*Zukunftskonzept 2025 für Busse und Bahnen im Land NRW: Die Landesregierung muss die öffentlichen Verkehrsmittel vor dem finanziellen Kollaps bewahren!*" (Drucksache 14/10016) eingebracht. Wir konnten damit deutlich machen, dass die schwarz-gelbe Kürzungspolitik bei den öffentlichen Verkehrsmitteln dazu führt, dass immer mehr Menschen bei explodierenden Fahrpreisen von einer Nutzung der Busse und Bahnen ausgeschlossen werden. Deshalb wollen wir eine flächendeckende Umsetzung eines Sozialticket in den Verkehrsverbänden des Landes mit Zuschüssen aus dem Landeshaushalt unterstützen. Auch hierzu ist eine entsprechende Initiative im Landtag mit dem Antrag "*NRW-Sozialticket einführen und durch Ausgleichsleistungen unterstützen - Mobilität für einkommensschwache Menschen sicherstellen!*" (Drucksache 14/7644) ergriffen worden.

VCD-Frage: Welche verkehrspolitischen Maßnahmen halten Sie für am wirkungsvollsten, um das Klima zu schützen?

Grüne: Zielsetzung der Bundesregierung ist es, bis zum Jahr 2050 den Anteil der klimaschädlichen CO₂-Emissionen um 80 Prozent zu reduzieren. Wenn nunmehr unterstellt wird, dass für die industrielle Produktion auch zukünftig CO₂-Emissionen notwendig sein werden, dann wird deutlich, dass im Verkehrsbereich noch stärkere Anstrengungen zum Schutz des Klimas unternommen werden müssen. Angesichts der ohnehin knappen öffentlichen Mittel werden wir klare Prioritäten für einen Ausbau bei Bussen und Bahnen sowie eine Verlagerung von Güterverkehren auf die umweltfreundliche Bahn und das Binnenschiff setzen. Beim klimaschädlichen Luftverkehr muss die Befreiung von der Kerosinsteuer entfallen. Subventionen für den Ausbau der Luftverkehrsinfrastruktur wird es bei einer grünen Regierungsbeteiligung in NRW nicht mehr geben.

VCD-Frage: Um wie viel Prozent möchten Sie den Radverkehrsanteil in NRW steigern, und wie kann das Land das Vorhaben wirksam unterstützen?

Grüne: Unser Nachbarland die Niederlande haben einen Radverkehrsanteil von rund 27 Prozent. Rund 1.000 km legen die Bürgerinnen und Bürger der Niederlande mit dem Fahrrad pro Jahr zurück. In Deutschland liegt dieser Wert bei rund 300 km pro Jahr und ist damit aus unserer Sicht noch deutlich steigerungsfähig. Rund 50 Prozent aller Wege, die mit dem Auto gefahren werden, sind kürzer als 5 Kilometer. Hier sehen wir die größten Verlagerungspotenziale auf das Fahrrad. In unserem Wahlprogramm haben wir beschlossen, dass die Förderung des Radverkehrs für die Grünen unverzichtbarer Bestandteil einer klimaverträglichen Mobilitätspolitik in NRW ist. Mit dem landesweiten Radwegenetz und der einheitlichen Radwegebeschilderung ist ein wesentlicher Grundbaustein für den Freizeitverkehr wie auch für die täglichen Wege geschaffen worden. Mit der Arbeitsgemeinschaft der fahrradfreundlichen Städte und Gemeinden existiert ein Netzwerk von engagierten Praktikerinnen und Praktikern auf kommunaler Ebene. Auf diesem Weg konnte in vielen Städten des Landes der Anteil des Radverkehrs deutlich gesteigert werden. Dennoch ist festzustellen, dass beim Radwegesystem parallel zu den überörtlichen Straßen noch erhebliche Lücken bestehen. Wir wollen diese Lücken schließen. Beim Neubau oder bei Erhaltungsinvestitionen bei Landes- und Bundesstraßen muss der Bau von parallel verlaufenden Radwegen selbstverständlicher Teil der Maßnahmen werden. Radstationen als witterungs- und diebstahlsichere Abstellmöglichkeit sind ein weiterer bedeutender Baustein, um den Radverkehr mit dem Verkehrsangebot von Bussen und Bahnen an den zentralen Haltepunkten zu verknüpfen. Das von den Grünen geschaffene Programm „100 Radstationen in NRW“ wollen wir fortführen und ausbauen sowie auch für die Schaffung von Fahrradabstellmöglichkeiten an Schulen öffnen.

VCD-Frage: Wie soll die Finanzierung des Betriebs des öffentlichen Nahverkehrs und die Sanierung der Strecken und Bahnhöfe gesichert werden?

Grüne: Die Kürzungen des Bundes bei den Regionalisierungsmitteln sowie darüber hinaus die Kürzungen des Landes bei den Mittel für die Schülerbeförderung haben wir abgelehnt und immer massiv kritisiert. Die Folgen für die Fahrgäste sind explodierende Fahrpreise, denen ein immer schlechter werdendes Fahrtenangebot gegenüber steht. Die öffentlichen Verkehrsmittel leben derzeit vom Substanzverzehr, der insbesondere an maroden Haltestellen und Bahnhöfen sichtbar wird. Es ist nicht nachvollziehbar, warum im Unterschied zu den kommunalen Straßen die Bundesregierung bei dem Konjunkturprogramm den Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel von Investitionen ausgenommen

hat. Wie in unserem o.g. Antrag "Zukunftskonzept für Busse und Bahnen" bereits dargestellt, wollen wir in Zusammenarbeit sowohl mit den Verkehrsverbänden als auch den Fahrgastverbänden ein zukunftsgerichtetes ÖPNV-Konzept erarbeiten und damit auch die finanziellen Rahmenbedingungen klären. Für die Ersatzinvestitionen in marode Haltestellen und Bahnhöfe treten wir für eine Investitionsoffensive als Gemeinschaftsaufgabe des Bundes, des Landes und der Kommunen ein.

VCD-Frage: Wie wollen Sie erreichen, dass die Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide in hochbelasteten Stadtstraßen eingehalten werden?

Grüne: In NRW befindet sich mit der Rhein-Ruhr-Region einer der größten und am stärksten industrialisierten Ballungsräume Europas. Die Dichte von Verkehr und Industrie hat hohe Luftbelastungen zur Folge. Feinstaub (Partikel-PM10) verursacht schwere Gesundheitsschäden und ein Ansteigen der Sterblichkeitsrate infolge von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Lungenkrebs. Die Belastung der Außenluft mit Stickstoffdioxid korreliert unter anderem mit der Häufigkeit von Atemwegserkrankungen, vor allem bei Kindern. Die Grenzwerte für Feinstäube und Stickoxide werden in über 20 Städten ohne große Anstrengungen nicht eingehalten werden können. Lärm ist eines der größten Umweltprobleme, durch das sich die meisten Menschen betroffen fühlen. Wir Grüne stehen für großräumige Konzepte, die integriert wirksame Lösungen sowohl für die Feinstaub- und Stickoxid- als auch für die Lärmproblematik geben. Dabei brauchen wir außer höheren Standards und der Einrichtung von Umweltzonen eine neue Offensive für öffentliche Mobilität. Kurzfristig wollen wir den Flickenteppich an Umweltzonen, den die jetzige Landesregierung geschaffen hat, durch flächendeckende Lösungen ersetzen.

VCD-Frage: Wie stehen Sie zur Einführung eines "Klima-Euro", sprich: einer Abgabe von z.B. 1 Euro, die von jedem Fluggast bei einem Start und bei einer Landung auf einem Flughafen in NRW zu entrichten hat?

Wie stehen Sie dazu, die damit vereinnahmten Finanzmittel zum Ausbau des Schienennetzes (Regional- und Fernverkehr) zu verwenden?

Grüne: Fliegen ist die umweltschädlichste Art der Fortbewegung. Doch die Folgen des Klimawandels oder die Schäden durch Lärm und Abgase werden dem Flugverkehr nicht angelastet. Die Befreiungen des Flugverkehrs bei der Mineralöl-, Öko- und Mehrwertsteuer sorgen für eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber Bus und Bahn. Ein unkontrollierter Ausbau von Flughäfen ist aber auch volkswirtschaftlich schädlich. Insbesondere bei den Regionalflughäfen und kleineren Flugplätzen handelt es sich meist um chronisch defizitäre Subventionsruinen. Sie binden öffentliche Mittel, die viel sinnvoller in Bildung, Umweltschutz oder soziale Projekte anzulegen sind. Nutznießer dieser Subventionierung sind Billigfluggesellschaften, die die Flugplatzstandorte durch ihre Forderung nach geringen Gebühren gegeneinander ausspielen. Gemeinsam mit den Grünen im Bund und in Europa setzen wir uns deshalb für ein Ende der Befreiung des Flugverkehrs bei der Mineralöl-, Öko- und Mehrwertsteuer sowie für eine Anlastung der Umweltkosten beim Ticketpreis ein. Außerdem treten wir für bundesweit einheitliche Start- und Landegebühren ein, um den ruinösen Wettbewerb der Flughäfen untereinander zu beenden. Darüber hinaus müssen die Start- und Landegebühren stärker nach den Gesichtspunkten Lärm und Schadstoffe gestaffelt werden.

Wir begrüßen, dass ab 2010 alle Flüge innerhalb der Europäischen Union und ab 2012 auch die Flüge zwischen EU- und Nicht-EU-Staaten in den europäischen Emissionshandel einbezogen werden. Allerdings kritisieren wir, dass der überwiegende Anteil der Emissionszertifikate kostenfrei an die Fluggesellschaften gegeben wird und nur ein ge-

ringer Anteil versteigert wird. Die GRÜNEN fordern, dass spätestens ab 2013 alle Emissionszertifikate vollständig versteigert werden. Außerdem müssen bei den Emissionszertifikaten alle klimaschädigenden Emissionen einbezogen und die Nicht-CO₂-Emissionen durch einen Klima-Multiplikator von 3 (bezogen auf die CO₂-Emissionen) berücksichtigt werden. Die Erlöse aus den versteigerten Zertifikaten sollten in die Forschung und Entwicklung von klimafreundlichen Antriebstechniken sowie nichtfossile Treibstoffe und weitere Klimaschutzmaßnahmen fließen.

Die Einführung einer Klimaschutzabgabe kann nicht vom Land NRW, sondern nur von der Bundesregierung beschlossen werden. Wir begrüßen, dass in Ländern wie Frankreich und Großbritannien eine derartige Flugticketsteuer eingeführt wurde, mit deren Hilfe entwicklungspolitische Aufgaben zur Umsetzung der UN-Millenniumsziele finanziert werden. Deutschland sollte nach unserer Auffassung diesem Beispiel folgen. Diese Abgabe ist allerdings nur solange gerechtfertigt, solange eine Kerosinsteuer nicht eingeführt wurde.

Finanzmittel für den Ausbau des Schienennetzes wollen wir in einem ersten Schritt durch eine Erhöhung der LKW-Maut sicherstellen. Deshalb lehnen wir die schwarz-gelben Pläne kategorisch ab, die Einnahmen aus der LKW-Maut ausschließlich in den Straßenausbau zu investieren. Darüber hinaus kann für die Ballungszentren mit einem gut ausgebauten Angebot an Bussen und Bahnen eine City-Maut sinnvoll sein und zusätzliche Impulse für den ÖPNV-Ausbau geben.

Ich hoffe mit unseren Antworten zu einem umfassenden und aufschlussreichen Meinungsbild beigetragen zu haben und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

The image shows a handwritten signature in black ink. The signature is written in a cursive, flowing style. The first name 'Sylvia' is written in a larger, more prominent script, and the last name 'Löbmann' follows in a similar but slightly smaller script. The ink is dark and the background is plain white.

Fraktionsvorsitzende